ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Dahlbeck, Elke; Schlieter, Dajana

Research Report

Kooperationen zwischen Bürgerschaft und Kommunen für das Quartier

Forschung Aktuell, No. 09/2019

Provided in Cooperation with:
Institute for Work and Technology (IAT), Westfälische Hochschule, University of Applied Sciences

Suggested Citation: Dahlbeck, Elke; Schlieter, Dajana (2019) : Kooperationen zwischen Bürgerschaft und Kommunen für das Quartier, Forschung Aktuell, No. 09/2019, Institut Arbeit und Technik (IAT), Gelsenkirchen

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/204520

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

FORSCHUNG AKTUELL
09 / 2019

Kooperationen zwischen Bürgerschaft und Kommunen für das Quartier

Elke Dahlbeck
Dajana Schlieter

Institut Arbeit und Technik

Auf den Punkt

- Als Gewerbe- und Dienstleistungsstandorte haben Quartiere neben der Versorgungsfunktion auch eine wichtige Integrationsfunktion als Begegnungs- und Lebensraum.
- Durch den Rückzug von Einzelhandel und Dienstleistungen aus den Quartieren können diese Funktionsleistungen verloren gehen.
- Neue Akteursgruppen aus der Zivilgesellschaft übernehmen Verantwortung und entwickeln und gestalten die Quartiere aktiv mit.
- Einzelhandels- und Dienstleistungsfunktionen können so zum Teil aufgefangen und neuen Nutzungsbedarfen gerecht werden.
- Kommunen sollten Gelingensbedingungen und Möglichkeitsräume schaffen, um bürgerschaftliches Engagement zu stärken.
- Quartiersentwicklung wird somit zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe mit neuen Kooperationsformen und einer breiten Akteursvielfalt.

Zentrale Einrichtung der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen Bocholt Recklinghausen in Kooperation mit der Ruhr-Universität Bochum

Westfälische Hochschule

RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM RUB

1. Hintergrund

Strategisch-programmatische Aussagen zu Stadtentwicklungsprozessen beinhalten in hohem Maße das Bekenntnis zur europäischen Stadt (vgl. zur Nedden et al. 2015: 5). Explizit und implizit wird damit unter anderem auf Urbanität, kurze Wege, vielfältig gemischte Stadtquartiere und gelebte Nachbarschaften abgezielt (vgl. ebd.).

Stadtteilzentren und Innenstädte sind durch eine Mischung unterschiedlicher Funktionen wie Wohnen, Arbeit, Handel, Kultur, Verwaltung, Kommunikation und Begegnung geprägt (vgl. Deutscher Städtetag 2016: 3). Dies lässt erkennen, dass städtische Räume abgesehen von den funktionalen Aspekten, wie zum Beispiel die Nahversorgung, auch eine bedeutende soziale Rolle innehaben. So bildet der städtische Raum nicht nur den physischen Rahmen von sozialen Handlungen, sondern wird zugleich auch durch diese konstruiert (vgl. Dvoinev, 2015: 135). Schäfers charakterisiert die Urbanität des öffentlichen Raumes als „identitätsstiftendes Band zwischen den Generationen und Bewohnern, Einheimischen und Zugereisten“ (Schäfers 2006: 161). Dabei ermöglichen öffentliche Räume nicht nur soziale Interaktion, sondern „erzwingen“ sie auch zwischen Personen mit unterschiedlichen Lebensweisen und Einstellungen (vgl. ebd.). Dies fördert das Aufeinandertreffen und die Auseinandersetzung unterschiedlichster Milieus (vgl. Harth 2010: 127). Dadurch besitzt die Stadt als Ort des gemeinsamen alltäglichen Umfelds eine wichtige Integrationsfunktion (vgl. Steffen 2004: 4). Vor allem die Nebenlagen besitzen neben ihrer Funktion als Standort der Nah- und Grundversorgung einen hohen identitätsstiftenden Wert für die Bürgerinnen und Bürger, nicht zuletzt, weil sie Orte sozialer und kultureller Begegnung darstellen (vgl. Sperle 2012: 13).

Mit dem demografischen Wandel sowie dem veränderten Konsum- und Mobilitätsverhalten ändern sich auch die Funktionsweisen der Städte (vgl. Kalandides, Kather, Köper 2016: 8). Insbesondere in den Nebenzentren hat der Verlust des Einzelhandels sowie Schließung von Bank- und Postfilialen dazu geführt, dass Nahversorgung fußläufig vor Ort oftmals nicht mehr besteht. Vor allem der kleine eigentümergeführte Einzelhandel zieht sich aus den weniger begünstigten Lagen der Städte zurück: lag der Marktanteil dieser kleinen Geschäfte am gesamten Einzelhandel im Jahr 2000 noch bei etwa 30%, ist ihr Anteil seitdem um die Hälfte gesunken (vgl. ebd.: 5). Damit einher geht auch ein Verlust der sozialen Integrationsfunktion des Quartiers als Ort zufälliger Begegnungen.

Dies sind Herausforderungen, mit denen sich insbesondere die Kommunen, zugleich aber auch die jeweiligen Bürgerinnen und Bürger der Städte konfrontiert sehen. Zahlreiche Beispiele zeigen, wie mit diesen Herausforderungen umgegangen werden kann – sowohl durch das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern als auch durch spezifische Maßnahmen von kommunaler Seite und, besonders vielversprechend, durch gezielte Kooperationen von Bürgerinnen und Bürgern mit den jeweiligen Kommunen. Wie diese ausgestaltet werden können, soll im folgenden Beitrag aufgezeigt werden. Hierfür werden in einem ersten Schritt die Veränderungen des stationären Einzelhandels und die damit einhergehenden Folgen für das Quartier näher erläutert. Anschließend wird kurz das Thema bürgerschaftliches Engagement diskutiert und mögliche Beispiele für Kooperationen zwischen Kommune und Bürgern für die Quartiersentwicklung aufgezeigt. Abschließend erfolgt ein zusammenfassender Ausblick.

2. Rückzug des Einzelhandels und die Folgen für das Quartier

Stadt und Handel sind in europäischen Städten stark miteinander verbunden, wobei die Funktion des Handels weit über die Versorgungsfunktion hinausgeht (vgl. Sperle 2012: 8). Kalandides et al. (2016: 8) untergliedern die Funktion und Bedeutung des stationären, kleinteiligen Einzelhandels in

- *eine Nahversorgungsfunktion*, um insbesondere für immobile Personengruppen diese sicherstellen und zur Lebensqualität in den Stadtvierteln beitragen zu können;
- *eine städtebauliche Funktion*, in der dieser eine Angebotsvielfalt und Belebtheit und somit zu einer Steigerung der Attraktivität und Aufenthaltsqualität der Orte beiträgt, die Kundenfrequenz erhöht und Agglomerationsvorteile für die ansässigen Unternehmen bietet;
- *eine Stadtbild prägende Funktion*, in dem alltägliche Handelsarchitekturen und Schaufenster prägende Elemente darstellen;
- *eine soziale Funktion*, indem der Handel als Erweiterung der Sphäre des öffentlichen Raumes dient, Orte der Kommunikation und Begegnung und somit sozialer Interaktion darstellt;
- *eine ökonomische Funktion*: er sorgt für Beschäftigung, ökonomische Wertschöpfung und kann einen niedrigschwelligen Zugang zum Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Personen darstellen.

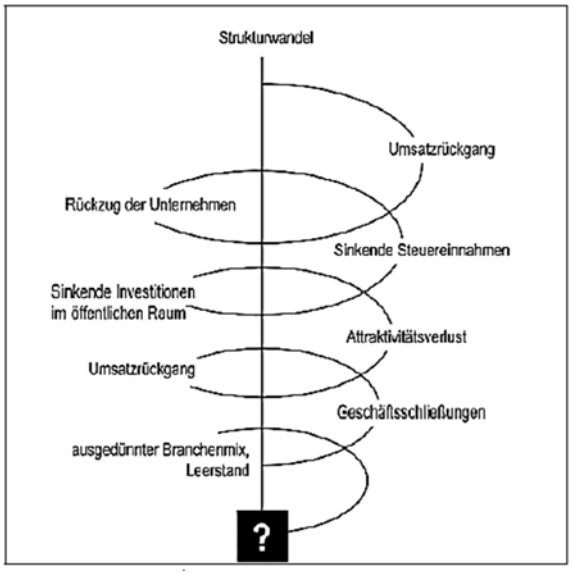
Der Einzelhandel trägt zu einer Multifunktionalität der Städte bei (vgl. Funke, Markert 2008: 120). Zu erkennen ist jedoch, dass die Funktion des Einzelhandels als stadtbildendes und standortprägendes Element vielerorts bedroht ist, was sich in einem ausgeprägten Leerstand widerspiegelt (vgl. ebd.).

Trading-Down-Effekte

Leerstand ist zunächst ein „natürliches" und „gesundes" Phänomen, welches als Zeichen der Innovation und Weiterentwicklung aufgefasst werden kann (vgl. Henckel et al. 2007: 4). Eine gewisse Reserve leerer Gewerbeangebote hilft, den Immobilienmarkt flexibel und attraktiv zu gestalten. Zu einem Problem wird Leerstand dann, wenn die Leerstandsquote eine „gesunde" Reserve übersteigt. Hier machen sich zunehmend Grenzen eines jahrzehntelangen Wachstums bemerkbar. So verstehen Funke und Market die verfestigten und sich ausdehnenden Leerstände als „Kennzeichen der tief greifenden Veränderungen der räumlichen Umschichtung des Einzelhandels" (Funke, Market 2008: 120). Dies kann sich in einer Abwärtsspirale für den betroffenen Raum äußern. Diese Trading-Down-Effekte (vgl. Abbildung 1) sind nach Funke und Market ein Kernelement des komplexen „Strukturwandels" und nicht vollständig zu verhindern (Funke, Market 2008: 120). Betroffen sind vor allem die Nebenlagen innerstädtischer Einzelhandelsstandorte, erkennbar jedoch auch in Neben- und Stadtteilzentren sowie zum Teil auch bereits in den innerstädtischen, zentralen Hauptgeschäftsbereichen (vgl. Sperle 2012: 12). Als Ursache des vermehrten Anstiegs von Leerständen sind – neben weiteren Faktoren – das veränderte Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger, eine veränderte Nachfragesituation sowie der zunehmende Online-Handel zu nennen (vgl. Gruninger-Hermann 2017: 10).

An den Standorten hat das Wegbrechen des Einzelhandels neben den optischen Lücken in den Laufflagen auch den Verlust der Angebotsvielfalt zur Folge (vgl. Henckel et al. 2007: 4). Darüber hinaus wird der Strukturwandel im Einzelhandel bedingt und begleitet von zahlreichen weiteren Strukturveränderungen: Rückzug von anderen Frequenzbringern, wie zum Beispiel Banken, Post, Niederlassungen und Außenstellen von öffentlichen Verwaltungen und Behörden und darüber hinaus die Schließung kultureller und sozialer Einrichtungen (Sperle 2012: 12). Zudem ist an einigen Standorten das Wegbrechen der Nahversorgung erkennbar (vgl. ebd.: 13). Hier lassen sich Qualitätsverluste, Verminderung des Angebotes, Sortimentslücken, Unterbrechungen der Laufflagen durch Leerstände und Mindernutzungen, funktionalgestalterisch sinkende Attraktivität und Imageverluste (vgl. Henckel et al. 2007: 4) als Kreislauf erkennen.

Abbildung 1: Trading-Down-Effekt



Quelle: Henckel, Petzold, Zahn 2007: 4, zitiert nach Planpool 2003

Die dargestellten Problemlagen befinden sich oftmals in Quartieren, welche durch eine hohe Verkehrsbelastung, inadäquate Wohnangebote sowie schwächere Ökonomie geprägt sind (vgl. Sperle 2012: 13). Diese Standorte sind vielerorts durch fehlende stadträumliche Qualitäten und einen hohen Modernisierungsbedarf gekennzeichnet.

Vor dem Hintergrund der oben genannten Herausforderungen ist nicht davon auszugehen, dass dem Leerstand mit gängigen Methoden der Stadtplanung und Wirtschaftsförderung begegnet werden kann und die bestehenden Lücken in Gänze wieder mit gewerblicher Nutzung geschlossen werden können (vgl. Sperle 2012: 12). Dies wird noch verstärkt durch bereits fortgeschrittene Trading-Down-Effekte: fehlender Einzelhandel und fehlende Dienstleister bedingen das Fortbleiben von Kundschaft, schwächen die Nutzung und Belebung von Quartieren und damit einhergehend die Attraktivität der Quartiere. Im Ergebnis wird die ökonomische Tragfähigkeit von (Neben)Zentren zunehmend in Frage gestellt (vgl. Henckel et al. 2007: 4). Die Umnutzung und Wiederinwertsetzung leerstehender Ladenlokale ist als wichtiges Ziel nachhaltiger Standortentwicklung zu sehen (vgl. Kalandides, Kather, Köpke 2016: 14). Zum einen sollte es Ziel sein, in Teilen die Funktion des Einzelhandels zu erhalten, zum anderen den neuen Nutzungsansprüchen der Bewohnerinnen und Bewohner – zum Beispiel soziale, kulturelle oder freizeitorientierte Nutzungen – gerecht zu werden (vgl. ebd.).

Soziale Auswirkungen auf das Quartier

Für die Bewohnerinnen und Bewohner ist das Quartier der Ort, an dem Lebensentwürfe umgesetzt und die Chancen, sich entfalten und entwickeln zu können, beeinflusst werden (vgl. Bormann et al. 2016: 4). Das Quartier dient damit als wichtiger Ausgangspunkt: die Wohnung und unmittelbare Umgebung, die Ausgestaltung öffentlicher Räume inklusive der Sicherheit, Mobilitätsangebote und Anbindungen, Bildungsmöglichkeiten sowie Versorgungsstrukturen bestimmen maßgeblich die Lebensqualität und Perspektiven der Bewohnerinnen und Bewohner (vgl. ebd.). Das Stadtquartier steht als zentrale Größe für die Gestaltung eines bedarfsgerechten Lebensumfeldes (vgl. Willinger 2012: 2). Die Qualität des Standortes wird erst durch die Integration in das soziale und räumliche Umfeld sichtbar und wirksam (vgl. ebd.).

Es geht somit um Teilhabechancen (vgl. Steffen, Baumann, Betz 2004: 1). So heißt es bei Steffen, Baumann und Betz: „Die Stadt soll möglichst jedem die Gelegenheit bieten, einen Platz einzunehmen und Beziehungen zu anderen aufzubauen. Sie soll Möglichkeiten eröffnen, sich einzurichten, einzubringen, auszutauschen und sich kurzfristig oder dauerhaft Positionen in sozialen Funktionssystemen zu erschließen." (ebd.). Ein weiterer Aspekt umfasst den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Ganzen. Häußermann und Siebel führen auf, dass räumliche Nähe allein nicht ausschlaggebend für „intensive Sozialbeziehungen" ist und in Folge dessen Nachbarschaft nicht automatisch einen sozialen Bezugspunkt ergibt (vgl. Häußermann, Siebel 2004: 111, zitiert nach Texier-Ast 2018: 123). Die sozialen Netzwerke werden demnach stark von den jeweiligen Lebenszyklen, -lagen, und -stilen sowie durch die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten geprägt (vgl. Texier-Ast 2018: 123). Je höher der sozioökonomische Status der Person, desto vielfältigere und intensivere Netzwerkkontakte weist diese auf und umso seltener werden diese durch Verwandtschaft und Nachbarschaft bestimmt (vgl. ebd.). Dies bedeutet, dass insbesondere Personengruppen mit geringerem sozioökonomischen Status vermehrt auf die direkte Wohnumgebung und auf die Nachbarschaft im Quartier als Bezugspunkt im sozialen Sinne angewiesen sind (vgl. ebd.).

Wie zuvor aufgeführt, bildet der Handel neben seiner funktionalen Bedeutung auch ein integrierendes Medium für Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Bildung sowie öffentliche und private Dienstleistungen (vgl. Sperle 2012: 12). Handel in der Stadt bedeutet zugleich auch eine belebende Wirkung, welche wiederum maßgeblich zur Attraktivität des öffentlichen Raumes und zum urbanen Leben beiträgt (vgl. ebd.). Die bedeutende integrative und soziale Funktion, die Quartieren zugeschrieben wird, kann jedoch vor dem Hintergrund des wegbrechenden Handels und weiterer Dienstleistungen und den damit einhergehenden Folgen in Frage gestellt werden. So wirft Neef die Frage auf, ob Stadtviertel im Zeitalter einer umfassenden Mobilität und Mediatisierung sowie einer starken sozialen Differenzierung auch heute noch als Grundeinheit sozialen Lebens gelten können (vgl. Neef 2011: 236).

Im Rahmen der Quartiersentwicklung geht es somit nicht nur um die Sicherstellung der Nahversorgung und die Revitalisierung von Einzelhandelsstandorten, sondern auch darum, ob und wie die soziale Funktion des Quartiers als Ort der Begegnung und Ort der Teilhabe erhalten bzw. neu aufgestellt werden kann. Dies ist eine der wichtigsten Herausforderungen für Kommunen sowie Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Quartieren und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

3. Bürgerschaftliches Engagement und Kommune

Viele Kommunen und Gemeinden haben erkannt, dass eine Transformation – insbesondere im Bestand – angegangen werden muss, um auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen reagieren zu können. Benötigt werden alternative Möglichkeiten, Quartiere als attraktive Räume zu erhalten, Nahversorgung sicherzustellen, Leerstände zu beheben und die mit dem Verlust an Einzelhandel einhergehenden weggebrochenen Möglichkeiten der (sozialen) Teilhabe, Kommunikation und Integration zu kompensieren. Hierfür bedarf es neuer Kooperationsformen, einer Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und (neuer) Unterstützungs- und Begleitungsstrukturen von Seiten der Kommunen – auch im Hinblick auf alternative Finanzierungs- und Organisationsmodelle. Zudem sind vor dem Hintergrund der Herausforderungen auch experimentelle Nutzungen, welche zur lokalen Ökonomie, einer Belebung des Quartiers und einer sozialen Rendite beitragen können, verstärkt in den kommunalen Fokus zu nehmen.

Vor allem die Zivilgesellschaft spielt eine immanente Rolle bei der Entwicklung neuer Konzepte, lassen sich diese mithilfe der Bewohnerinnen und Bewohner doch auch auf die lokalen, quartiersbezogenen Bedürfnisse anpassen (vgl. Deutscher Städtetag 2016). Im Rahmen der Quartiersentwicklung nimmt sie zunehmend eine größere Rolle ein. So gibt es als Antwort auf die Herausforderungen in

den Städten, aber auch aufgrund eines neuen Verständnisses der Stadtaneignung durch Bürgerinnen und Bürger, zahlreiche Beispiele und Projekte, bei denen Engagierte an Transformationsprozessen beteiligt wurden und Quartiere stabilisiert werden konnten. Unter dem Begriff „Informeller Urbanismus" werden althergebrachte Top-Down-Ansätze in der Stadtentwicklung durch ihre Bewohnerinnen und Bewohner zunehmend in Frage gestellt. Die definierte Rollenverteilung von Stadt, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Governance-Prozessen löst sich immer mehr auf, was zur Folge hat, dass Stadt durch ständig wechselnde Akteurskonstellationen verhandelt wird (vgl. Matthiesen, et al. 2014: 86). Das Professionswissen der Planer und Städtebauer wird in Bezug auf aktuelle und zukünftige Probleme vor große Herausforderungen gestellt (vgl. ebd.: 87). Vor diesem Hintergrund gewinnen informelle, experimentelle Ansätze sowie Probierphasen an Bedeutung (vgl. ebd.). Es zeichnen sich Modelle ab, die auf globale Herausforderungen und Defizite in den Städten reagieren.

Bürgerschaftliches Engagement

Engagement wird verstanden als „[…] eine Art Dachbegriff für Handlungen und Tätigkeiten mit und für andere, die ihren Schwerpunkt außerhalb der Welt der Erwerbsarbeit und der privaten Gemeinschaft haben, […]" (BMFSFJ 2016: 107). Evers, Klie und Roß betonen die unterschiedlichen Formen und zum Teil gegensätzlichen Pole bürgerschaftlichen Engagements (vgl. Evers, Klie, Roß 2015; Deutscher Bundestag 2016):

- Bürgerschaftliches Engagement kann in Hinblick auf den gesellschaftlichen Status-Quo sowohl bewahrend als auch verändernd wirken.
- Engagement erfolgt in informellen losen Netzwerken, aber auch in langjährigen bestehenden Organisationen, wie z.B. den Wohlfahrtsverbänden. Mit zunehmender Institutionalisierung erfolgt häufig eine Professionalisierung des Managements.
- Zu unterscheiden ist zwischen „bonding" und „briding". Während erste der Interessenswahrnehmung der eigenen gesellschaftlichen Gruppe dient, fokussiert letztere auf die Integration und Teilhabe anderer gesellschaftlicher Teilgruppen.
- Neben den Zielgruppen ist auch die Zielausrichtung heterogen und reicht von nach innen gerichteten geselligen Aktivitäten bis zu nach außen formulierten politischen und sozialen Anliegen.

Neben dieser großen Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements ist jedoch auf die Gemeinsamkeiten hinzuweisen: So wird bürgerschaftliches Engagement freiwillig im öffentlichen Raum ausgeübt und ist nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet, sondern gemeinwohlorientiert (vgl. Deutscher Bundestag 2002: 32) und grenzt sich dabei klar gegen unzivile Formen der Bürgergesellschaft ab (ebd.: 35). In Hinblick auf bürgerschaftliches Engagement im Quartier ist insbesondere darauf zu achten, dass das Engagement nicht nur auf das eigene Milieu zielt, sondern integrativ ausgerichtet ist, um für möglichst viele Bewohnerinnen und Bewohner offen zu sein.

Während viele die stärkere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erbringung gesellschaftlich notwendiger Dienste als Chance sehen, soziale Kohäsion durch die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger zu stärken und somit deren Wissen im Rahmen einer Koproduktion zu nutzen und somit passgenauer zu erbringen (vgl. Löffler et al 2015), sehen andere mit dem Rückzug öffentlich getragener Daseinsvorsorge und der Übertragung der Verantwortlichkeiten bei der Erbringung gesellschaftlicher Dienste vom Staat auf die Zivilgesellschaft die Gefahr einer Deprofessionalisierung gesellschaftlicher Dienste und einen damit einhergehenden möglichen Qualitätsverlust sowie den Ausbau der Schattenwirtschaft und des Niedriglohnsektors (vgl. Dyk, van, Haubner 2019).

Rund 40% der Bevölkerung ab 14 Jahren hat sich laut Freiwilligensurvey 2014 engagiert. Seit 1999 steigt der Anteil der engagierten Personen an. Allerdings verringerte sich in diesem Zeitraum auch

der Anteil derjenigen, die sich mehr als zwei Stunden pro Woche engagieren, von 50% auf heute 40% (vgl. Simonson, Vogel, Tesch-Römer 2016). Auch regional sind Unterschiede auszumachen: In Westdeutschland ist das Engagement stärker verbreitet als in Ostdeutschland und in den ländlichen Räumen liegen die Engagementquoten über denen der städtischen (ebd.). Auch die Sozialstruktur einer Region hat einen signifikanten Einfluss auf das Engagement der Bevölkerung (vgl. Generali Zukunftstals 2009: 23-27) sowie den sozialen Zusammenhalt des Wohnviertels: Je stärker dieser Zusammenhalt ist, desto mehr Menschen engagieren sich (vgl. Huxhold, Hameister 2017: 499 ff.). Wichtig in Hinblick auf die Frage der Quartiersentwicklung ist zudem die Zunahme derjenigen Freiwilligen, die sich dafür einsetzen, das Leben vor Ort attraktiver zu machen. Laut einer Umfrage von ifd Allensbach ist der Anteil der Freiwilligen, die sich für ihr Umfeld aktiv einsetzen, von 61% auf 71% (Westdeutschland) bzw. 64% auf 71% (Ostdeutschland) angestiegen (BMFSFJ 2017: 211).

Neue Formen und Modelle für die Quartiersentwicklung

Wie die Zusammenarbeit zwischen Bürgerengagement und Kommune aussehen kann, wird im Folgenden an verschiedenen Praxisbeispielen aufgeführt.

Raumunternehmen

Die gesellschaftlichen Umwälzungen und ökonomischen Transformationsprozesse lassen sich auch an Brachflächen, nicht mehr genutzten Fabrik- und Bürogebäuden, Infrastrukturbauten, leerstehenden Wohnungen und vor allem auch (kleinen) Einzelhandelsflächen erkennen (vgl. Sperle 2012: 95). Diese bieten Akteuren Fläche und Räumlichkeit für eine andere Art des Urbanismus – den informellen Urbanismus. Eine Gruppe von Akteuren, die diese Potenziale für sich nutzen, sind die sogenannten Raumpioniere und Raumunternehmen. Mit ihnen agiert nach Buttenberg, Overmeyer und Spars eine neue Generation zivilgesellschaftlicher Akteure, deren Projekte einen konkreten räumlichen Bezug aufweisen und an der Schnittstelle zu Zivilgesellschaft, Projekt- und Stadtentwicklung positioniert sind (vgl. Buttenberg, Overmeyer, Spars 2017). Selbstständig und unabhängig von Institutionen entwerfen sie als lokal-räumliche Initiativen Räume, füllen diese mit Leben und lassen neue Formen öffentlicher Orte entstehen (vgl. ebd.). Mit ihren Projekten ermöglichen Raumunternehmen sowohl für sich selbst wie auch für andere eine direkte Teilhabe an der Stadtentwicklung (vgl. Humann, Overmeyer 2017: 151).

Raumunternehmen agieren zwar betriebswirtschaftlich, die Ziele orientieren sich jedoch prioritär nicht an der Maximierung des finanziellen Gewinns, sondern an dem sozialen Nutzen für den Raum (vgl. Buttenberg, Overmeyer, Spars 2017; Flögel, Gärtner 2011: 7). Die Basis bilden dabei unzureichend genutzte und nicht in Wert gesetzte räumliche Ressourcen (vgl. Flögel, Gärtner 2011: 7). Raumunternehmen generieren einen Nutzen für ihr Umfeld, was wiederum die Sicherung von Immobilien sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung lokaler Ökonomien und das Vorhalten von sozialen / nachbarschaftlichen Dienstleistungen und Nahversorgung nach sich ziehen kann (vgl. Flögel, Gärtner 2011: 5). Kennzeichnend für viele Raumunternehmen sind zudem ihre ausgeprägten Netzwerkaktivitäten, die sich auch konkret vor Ort abbilden, z.B. in Form von Versammlungen, Öffnung des Raumes für Quartiersbewohnerinnen und -bewohner beispielsweise zur Generierung von weiteren Ideen und Veranstaltungen (vgl. ebd.).

Raumunternehmen beginnen vielerorts als informelle Zusammenschlüsse – als Raumpioniere –, indem sie als Zwischennutzer, Mieter oder durch lose Veranstaltungen tätig sind (vgl. Buttenberg, Overmeyer, Spars 2017). Diese „Experimentierphasen" sind häufig gekennzeichnet durch eine mangelnde langfristige Perspektive sowie fehlenden formellen Verfügbarkeiten (z.B. langfristige finanzi-

elle Perspektive). Im Laufe der Zeit können sich die Raumpioniere zu Raumunternehmen professionalisieren und bilden formelle Strukturen aus. Aufgrund der Gemeinwohlorientierung werden hierfür gGmbHs, Genossenschaften oder Vereine als Organisationsform gewählt. Die Öffnung der Kommune gegenüber solchen Ansätzen, die Sensibilisierung für das Vorgehen sowie die Akzeptanz und Unterstützung dieser „weichen Formen von Unten" kann die Quartiere beleben, die Attraktivität und die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner steigern und somit dem oben beschriebenen Krisenkreislauf entgegenwirken.

Zwischennutzung

Ein Beispiel für die oben erwähnte neue Raumaneignungskultur lässt sich in kreativen Zwischennutzungen finden (vgl. Matthiesen et al. 2014: 86). Zwischennutzungen können ganz unterschiedlich ausgestaltet sein: Gemeinschaftsgärten, gemeinsam genutzte Büros, als Ausgangspunkt für Start-Ups, als Ausstellungsflächen für Künstlerinnen und Künstler oder auch als Verkaufsladen für regional erzeugte Produkte. Zwischennutzungen sind auf einen vorab bestimmten Zeitraum angelegte Raumnutzung (vgl. Honeck 2015 219). Dabei werden Räume und Flächen genutzt, die leer stehen bzw. brachliegen und deren Zuführung in ihre ursprüngliche Funktion kurzfristig nicht umsetzbar ist. Leerstehende Einzelhandelsflächen bilden dabei die am häufigsten zwischengenutzten Objekte (vgl. Sperle 2012: 96). Diese Räume können Akteuren Bühne für das Erproben und Testen eigener Ideen bieten, zugleich sind sie aufgrund geringer finanzieller Investitionen tolerant gegenüber Scheitern (vgl. Sperle 2012: 95). In der Regel werden diese Räume aufgrund fehlender Nutzungskonkurrenz nicht zu marktüblichen Konditionen, sondern günstiger, zum Teil kostenlos zur Verfügung gestellt (BMVBS/BBR 2008: 107). Es handelt sich also nicht um eine finanzielle Investition durch die Nutzerinnen und Nutzer, sondern das Einbringen von Kreativität und Zeit steht im Vordergrund. Häufig sind Zwischennutzungen so konzipiert, dass sie entweder eine Nachnutzung vorbereiten oder selbst zu einer dauerhaften Lösung beitragen (vgl. ebd.).

Diese urbanen Nischen werden unter anderem durch Raumpioniere aus Migrantenkulturen, Mikroökonomien, kulturellen und sozialen Initiativen, neuen Formen von Freizeit- und Eventaktivitäten und der Clubszene besetzt (vgl. Overmeyer 2006: 49).

Vorteile von Zwischennutzungen lassen sich auf allen Ebenen erkennen: für Immobilieneigentümer in Form von Deckung der laufenden Betriebskosten und/oder einer geringen Miete. Zudem können Zwischennutzungen Verwahrlosungen und Vandalismus entgegenwirken und das Erscheinungsbild verbessern (vgl. Sperle 2012: 97). Dadurch profitiert auch das direkte Umfeld des zwischengenutzten Ladenlokals: der Standort wird belebt und erfährt eine Attraktivitätssteigerung. Für Existenzgründerinnen und Gründer können Zwischennutzungen einen Rahmen bieten, sich und ihr Geschäftsmodell ohne große Risiken auszuprobieren und bieten zugleich nicht-kommerziellen Nutzern Raum für Engagement und Entfaltung (vgl. ebd.).

Die Potenziale in Form einer Imagesteigerung, Ökonomie und urbanen Vielfalt, die diese Form des Engagements für urbane Quartiere haben kann, werden zunehmend auch von der kommunalen Verwaltung erkannt. Hier besteht die Herausforderung, dass die zuständigen Verwaltungseinheiten Lösungen für einen niedrigschwelligen Zugang bieten können, z.B. bei anfallenden Nutzungsänderungen (vgl. Sperle 2013: 95).

Beispiele, wie die ZwischenZeitZentrale[1], welche als Agentur in Bremen mithilfe des Förderprogramms „Nationale Stadtentwicklungspolitik" im Jahr 2010 gegründet wurde, oder der HausHalten

[1] https://www.zzz-bremen.de/blog/

e.V.[2] in Leipzig, welcher im Jahr 2004, auch aufgrund der angespannten kommunalen Finanzsituation, gegründet wurde, zeigen, wie (Einzelhandels-)Leerstände und Freiflächen professionell an Zwischennutzerinnen und -nutzer vermittelt werden können. Dabei fungieren die Agentur und der Verein jeweils als Vermittler zwischen Nachfragern, Anbietern und Stadtverwaltung. Mittels Nutzungs-, Beratungs- und Vermittlungsmodellen wird zur Wiederbelebung von Gebäuden und Ladenlokalen beigetragen. Die Resonanz auf die Angebote in diesen Beispielen zeigt auf, dass der Bedarf nach nichtkommerziell und unkonventionell genutzten Räumen vorhanden ist. So stellt beispielsweise die Zwischennutzung in Bremen eine neue Form der Wirtschaftsförderung mit dem Ziel dar, neue Ideen zu fördern, aus denen sich wiederum Nutzungen verstetigen und etablieren (vgl. Kalandides, Kather, Köper 2016: 67). Durch die Professionalisierung werden Bürgerinnen und Bürger ermuntert, ihr Quartier und ihren Raum durch Zwischennutzungen gemeinsam zu gestalten (vgl. ebd.).

HausHalten e.V. bietet drei unterschiedliche Modelle an[3]: die normale Vermietung von Ladenlokalen mit einem günstigen Mietzins oder dem Einbringen von Eigenleistungen; weiterhin die Möglichkeit der temporären Nutzung von Schaufenstern für Ausstellungs- und Präsentationszwecke und das Modell der Wächterhäuser. Das Modell der Wächterhäuser beruht auf dem Prinzip Hauserhalt durch Nutzung, wobei die Nutzer als „Wächter" fungieren[4]. Zwischen dem Eigentümer und HausHalt e.V. wird als rechtlicher Rahmen eine Gestattungsvereinbarung aufgesetzt, in der die Übergabe der Nutzungsrechte auf den Verein für fünf Jahre festgelegt wird, wobei die Eigentums- und Grundpflichten nicht berührt und somit einem Verkauf oder einer anderweitigen Nutzung während der Vertragslaufzeit keine Steine in den Weg gelegt werden.

Derartige professionalisierte Vermittlungen zwischen potenziellen Nutzerinnen und Nutzern sowie Eigentümerinnen und Eigentümern kann Türen öffnen, Hemmschwellen senken und den Kontakt auf Augenhöhe herstellen.

4. Wege für eine optimierte Zusammenarbeit zwischen Kommune und Bürgerinnen und Bürgern

Die Unterstützung bürgerschaftlichen Engagements von staatlicher Seite hat in der Bundesrepublik Deutschland lange Tradition. Seit Ende der 90er Jahre wurde mit der Etablierung der ersten Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" (2000-2002) sowie der Etablierung des Freiwilligensurveys[5] zur Erhebung der empirischen Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement das Thema von politischer Seite weiter forciert. Mit der Engagementstrategie sowie dem Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts 2013 wurde die Engagementpolitik im Rahmen der Gesellschaftspolitik weiter ausgebaut. Als Folge ist auf den unterschiedlichen politischen Ebenen eine breite Unterstützungsinfrastruktur entstanden, die jedoch häufig isoliert themen- oder zielgruppenorientiert und unabgestimmt agiert. Zudem sind viele dieser Initiativen projektbezogen initiiert und damit zeitlich befristet (vgl. BMFSFJ 2017: 366). Eine Koordination auf Ebene der lokalen oder Stadtteilebene fehlt; personelle Kontinuität und damit quartiersbezogenes Wissen und gewachsene soziale Bindungen gehen damit verloren bzw. können nicht aufgebaut werden.

Damit stellt sich grundsätzlich die Frage, wie eine optimierte Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Zivilgesellschaft aussehen sollte. Wie oben bereits angedeutet, ist die Vielfalt bürgerschaftlichen

[2] http://www.haushalten.org/de/
[3] http://www.haushalten.org/papers/Iden_beiblatt.pdf
[4] http://www.haushalten.org/de/waechterhaeuser_modell.asp
[5] Der Freiwilligensurvey ist die größte Befragung zum Engagement in Deutschland. Seit 1999 wird alle fünf Jahre eine telefonische Befragung durchgeführt. Die Grundgesamtheit ist die Bevölkerung in Deutschland ab 14 Jahren. 2014 wurde die vierte Welle durchgeführt. Bürgerschaftlich engagiert ist hierbei derjenige, der angibt, außerhalb von Beruf und Familie freiwillige oder ehrenamtliche Aufgaben oder Tätigkeiten durchzuführen (vgl. Simonson, Vogel, Tesch-Römer 2017: 21; BMSFFJ 2016: 13)

Engagements hoch. Während im Rahmen von verschiedenen Studien das Engagement in Wohlfahrtsverbänden, Vereinen und Stiftungen tiefergehend analysiert werden konnte, fehlen für eine umfangreiche Übersicht die Informationen über die Engagementlandschaft, neuere Organisationsformen wie Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) sowie lose, informelle Netzwerke, wie z.B. Raumunternehmen und Zwischennutzer. Auch Kommunen fehlt häufig der Überblick über bestehende Aktivitäten in den Quartieren. Zudem haben die Kommunen selbst wenig Ressourcen, kleinräumig vor Ort als Netzwerkkoordinator im Sinne eines Quartiersmanagements aktiv zu sein.

Laut Bogumil et a. (2013; zitiert nach BMBFSFJ 2017: 370) gibt es prinzipiell vier Formen, mit denen Kommunen Engagement von Bürgern bzw. bürgerschaftlich getragenen Initiativen unterstützen können: durch rechtlich-formelle Hilfen (Versicherungsschutz), finanzielle Entschädigungen/Förderungen, die Bereitstellung von Infrastruktur (Qualifizierung, Beratung, Bereitstellen von Räumlichkeiten etc.) sowie durch Überzeugung (Würdigung, Wettbewerbe etc.). Als problematisch wird gesehen, dass die Unterstützung häufig nicht nach Richtlinien oder einer Strategie vergeben wird, sondern die Auswahl nach Trends, Haushaltslage und politischer Parteizugehörigkeit etc. erfolgt (ebd.).

Auf kommunaler Ebene bedarf es somit einer übergeordneten Koordinierungs- und Scharnierfunktion. Darüber hinaus sollten auf Ebene der Quartiere – insbesondere dort, wo sich mehrere Problemlagen potenzieren – Quartiersbüros agieren, die unabhängig von zeitlich befristeten Projekten, Netzwerke mit bestehenden Akteuren vor Ort (Bildungseinrichtungen, Familienzentren, Unternehmen, etc.) aufbauen und nachhaltig pflegen können. Im Rahmen der Studie „Engagement im Quartier“ (vgl. Gesemann, Roth 2015a) wurden 115 Freiwilligenorganisationen in „Soziale Stadt-Gebiete“ via online Befragung sowie 20 Vertreterinnen und Vertreter von Dachorganisationen befragt. Wie auch in anderen Studien (vgl. oben) spielt für Engagement nicht nur das Bildungsniveau eine entscheidende Rolle, sondern die Identifikation mit dem Quartier. Wenig verwunderlich ist somit, dass sich häufiger Menschen engagieren, die bereits lange im Quartier wohnen. Das Engagement vor Ort fokussiert dabei eher auf die eigene Lebenswelt der Engagierten und ist damit nicht offen und integrativ ausgerichtet. In diesen Quartieren bedarf es somit besonderer Anspracheanforderungen an weitere Zielgruppen (vgl. Gesemann, Roth 2015b) und damit mehr finanzielle und personelle sowie auf die besonderen Herausforderungen spezialisierte qualifikatorische Ressourcen zur Unterstützung der Engagierten.

Kommunen und in erster Linie die Wirtschaftsförderung können Gründungen bürgerschaftlicher Unternehmungen – wie Raum- und Sozialunternehmen – stärker in den Fokus nehmen und aktiv unterstützen. Auch wenn einige Kommunen hier erste Ansätze zeigen, so hat z.B. die Stadt Dortmund in der Wirtschaftsförderung eine Stabsstelle „Soziale Innovationen“ eingerichtet und hat zudem für jeden der Bezirke einen Verantwortlichen ernannt, besteht hier noch viel Potenzial, gemeinwohlorientierte Unternehmungen für Quartiere zu fördern. So kann die Wirtschaftsförderung gemeinsam mit der Stadtentwicklung ein Leerstandsmanagement nutzen, gezielt Eigentümer ansprechen, ggf. die Kontakte herstellen und auch mögliche Verhandlungen, zum Beispiel in Hinblick auf Zwischennutzungen, unterstützen. Zudem kann Wirtschaftsförderung auch gezielter solche Aktivitäten in Hinblick auf mögliche Finanzierungsquellen stärken: Neben der gemeinsamen Erarbeitung von Anträgen bei Stiftungen, Wettbewerben oder anderen öffentlichen Ausschreibungen besteht die Möglichkeit, Gründer bei Bankberatungen zu begleiten (vgl. Butzin, Gärtner 2017: 85 ff.). Weiterhin besteht die Möglichkeit, über alternative Finanzierungsinstrumente, wie zum Beispiel Mikrokredite, Mezzanine-Kapital, Zuschüsse oder Sachzuwendungen zu informieren.

Nicht vernachlässigt werden sollte bei der Entwicklung und Ansiedlung neuer Nutzungen der Einbezug weiterer im Quartier bereits etablierter Akteure; hierunter fallen die Wohnungswirtschaft, das Gewerbe vor Ort, Sparkassen, Wirtschafts- oder auch die Wohlfahrtsverbände.

Unter den Begriffen „Stadtrendite“ oder auch „Sozialrendite“ wird das Engagement von Wohnungsgesellschaften für das Quartier diskutiert (vgl. BMVBS, BBSR 2008: 8). Mit diesen Begriffen sind Erträge gemeint, die für die Städte bzw. Quartiere erbracht werden und die über die institutionsbezogenen betriebswirtschaftlichen Renditen hinausgehen (vgl. ebd.). Insbesondere die Gestaltung von „Wohnumfeld und Stadtentwicklung“ birgt ein Potenzial für Stadtrendite. Beispielsweise unterhalten und unterstützen einige Wohnungsunternehmen sozial-infrastrukturelle Einrichtungen, welche wiederum den Bedarfen der Mieterinnen und Mieter sowie Quartiersbewohnerinnen und -bewohner zugutekommen (vgl. ebd.). So werden Räume Mietern für gruppenspezifische Nutzungen überlassen und für quartiersbezogene Nutzungen verwendet, ganze Gebäude oder Gebäudeteile im Bestand werden zu Bürgertreff, Freizeithaus oder Tagesstätten umgewidmet (vgl. ebd.).

Aber auch Kooperationen mit halböffentlichen Akteuren, wie zum Beispiel Industrie- und Handelskammern sowie Sparkassen, weisen große Potenziale auf, Leerstand zu beheben und eine nachhaltige Quartiersentwicklung voranzutreiben. So ist beispielsweise im Herbst 2015 die Wittener Gründungsinitiative entstanden. Der vermehrte Leerstand in der Wittener Innenstadt hat zu einer Minderung der Attraktivität, damit zu einer ausbleibenden Kundenfrequenz und im Ergebnis zu Absatzschwierigkeiten für umliegende Geschäfte geführt. Die Industrie- und Handelskammer Mittleres Ruhrgebiet sowie weitere Akteure haben diese Abwärtsspirale erkannt und mit dem Projekt eine neue Perspektive für die Innenstadt geschaffen (vgl. Kalandides, Kahter, Köper 2016: 64). Existenzgründerinnen und Gründer können sich bewerben und erhalten die Möglichkeit, auf sechs Monate befristet Räumlichkeiten zu einer Pauschale von einem Euro pro Quadratmeter zu nutzen. Partner der Gründungsinitiative sind neben dem IHK-Regionalbüro Witten die Wirtschaftsförderung Witten, das Stadtmarketing, Sparkasse und Volksbank, die Standortgemeinschaft Witten-Mitte und die Universität Witten-Herdecke sowie das Entrepreneurship Zentrum Witten (vgl. ebd.). Das Projekt läuft ohne weiteres Budget und basiert auf der Arbeit der Partner. Das Angebot wird von allen in ihren jeweiligen Tätigkeiten an das Zielpublikum kommuniziert.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Die Funktion von Städten und Quartieren geht weit über die des Gewerbe- und Handelstandortes mit (Nah-)Versorgungsfunktion hinaus: Quartiere sind Lebens- und Begegnungsort, Ort der Integration zwischen den verschiedenen Kulturen oder den sozialen Lagen. Leerstehende Ladenlokale, Brachflächen und öffentliche Räume sind in den letzten Jahren in einer Vielzahl von Beispielen vermehrt von neuen, insbesondere alternativen Nutzungen (wieder-)belebt worden. Bürgerinnen und Bürger erkennen ihre Möglichkeiten, an Transformationsprozessen teilzunehmen und ihre Quartiere aktiv mitzugestalten. Damit bietet bürgerschaftliches Engagement die Chance, neue innovative Ideen für das Quartier zu entwickeln und die Funktionen des Einzelhandels zumindest teilweise ersetzen sowie neue Bedarfe und Nutzungsansprüche der Bewohnerinnen und Bewohner decken zu können. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass die Bürgerinnen und Bürger als „Dienstboten der Nation“ (van Dyk, Haubner: 2019: 268) den Rückzug vormals staatlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten übernehmen. Hier besteht die Gefahr von Versorgungslücken gesellschaftlicher Dienstleistungen, des Qualitätsverlusts der angebotenen Dienste und zudem die Gefahr der weiteren Verschärfung regionaler Disparitäten, da die beschriebenen Probleme insbesondere in den Quartieren auftreten, wo aufgrund der schwächeren Sozialstruktur die Voraussetzungen für Engagement geringer ausgeprägt sind. Das Potenzial des informellen Handelns zivilgesellschaftlicher Akteure für den städtischen Raum konnte oben aufgezeigt werden und wird in vielen Kommunen und Gemeinden bereits erkannt. Bürokratische Hürden und langwierige Prozesse kollidieren jedoch zum Teil mit neuen Ansätzen, die häufig hohe Flexibilität erfordern und temporär ausgerichtet sind. Es bedarf neben dem Willen und

dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger auch den politischen Willen sowie eine verbindliche kommunale Unterstützungsstruktur, um die Herausforderungen insbesondere in strukturschwachen Quartieren anzugehen.

Als wichtige Schritte für eine kooperative Stadtgestaltung sind folgende Punkte zentral:

Niedrigschwelligen Zugang zu „Erprobungsräumen" ermöglichen: Mithilfe eines Leerstandsmanagements oder durch Bereitstellung eigener Räumlichkeiten kann die Kommune engagierten Akteuren in den Quartieren Räumlichkeit für Aktivitäten zur Verfügung stellen. Durch enge Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungseinheiten sollten hier die Wege der Vermittlung möglichst kurz sein, um kurzfristig Lösungsmöglichkeiten, z.B. im Hinblick auf Nutzungsänderungen vornehmen zu können.

Moderatorenrolle einnehmen und breite Öffentlichkeit herstellen: Um eine Integration und Vertretung möglichst heterogener Interessensgruppen im Quartier zu fördern und zu aktivieren, sollte die Kommune Aktivitäten verstärkt begleiten. Nur wenn es gelingt, die Öffentlichkeit aktiv mit einzubinden, können Nutzungen vor Ort verankert werden.

Verantwortung verbindlich teilen: Nicht nur, aber auch, weil die finanziellen und personellen Ressourcen vieler Kommunen begrenzt sind, sollte die Verantwortung für das Quartier auf weitere Akteure verteilt und diese aktiv eingebunden werden.

Niedrigschwellige Ansprache wählen: Zur Gewinnung von Immobilieneigentümern sowie zur Gewinnung von Engagierten bedarf es einer zielgruppenspezifischen Ansprache.

Alternative Finanzierungs- und Organisationsmodelle nutzen: Insbesondere in den Anfangsstadien benötigen Initiativen finanzielle Unterstützung - zum Beispiel in Form von Förderprogrammen. Hier kann Kommune bei der Antragstellung helfen. Aber auch bei der Professionalisierung kann Wirtschaftsförderung bei der Wahl der Organisationsform oder auch bei der Suche nach Finanzierungen durch die Gründungsförderung unterstützen.

6. Literaturverzeichnis

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag Drucksache 18/11800.

BMVBS / BBR - Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung / Bundesamt für Bau- und Raumordnung (Hrsg.) (2008): Expertise "Stadtrendite durch kommunale Wohnungsunternehmen" - Abschlussbericht, BBR-Online-Publikation 01/2008. Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2008/DL_ON012008.pdf?__blob=publicationFile&v=2 (29.08.2019).

Bormann, R. et al. (2016): Das soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Wirtschafts- und Sozialpolitik WiSo. Online unter: https://library.fes.de/pdf-files/wiso/12366.pdf (27.08.2019).

Buttenberg, L., Overmeyer, K., Spars, G. (2017): Was Raumunternehmen ausmacht – Von Raumpionieren zu Raumunternehmen. In: sozialraum.de (9), Ausgabe 1/2017. Online unter: https://www.sozialraum.de/ausgabe-1-2017.php (28.08.2019).

Butzin, A., Gärtner, S. (2017): Koproduktion und Corporate Social Resonsibility: Soziale lokale Unternehmen als Kunden der Wirtschaftsförderung. In: Albers, H.-H., Hartenstein, F. (Hrsg) 2017: CSR

und Stadtentwicklung. Management-Reihe Corporate Social Responsiblity, Springer.-VS, Wiesbaden, S. 75-92.

Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: auf dem auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements". Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900.

Deutscher Städtetag (Hrsg.) (2016): Zukunft von Stadt und Handel. Diskussionspapier des Deutschen Städtetages. Online unter: http://www.staedtetag.de/imperia/md/content/dst/diskussionspapier_zukunft_stadt_handel_072016.pdf (23.08.2019).

Dvoinev, V. (2015): Transformation des städtischen Raums aus soziologischer Sicht. In: Heinze, T.; Bertels, L. (Hrsg.): Internationales Kulturmanagement. Springer VS. Wiesbaden, S. 133-153.

Erbstößer, A.-C. (2016): Produktion in der Stadt. Berliner Mischung 2.0. Report 2016. Technologie Stiftung Berlin. Berlin.

Evers, A., Klie, T., Roß, P.-S. (2015): Die Vielfalt des Engagements. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015, S. 3-9.

Flögel, F., Gärtner, S. (2011): Strukturwandel im Einzelhandel: Das Ende der B- und C-Lagen oder Chance für Raumunternehmen? In: Wirtschaftsgeographie der Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Goegraphische Handelsforschung, Nr. 30, Dezember 2011. S. 5-13.

Funke, M., Markert, P. (2008): Leerstandsmanagement für den Einzelhandel. Aufgabe einer aktiven und marktorientierten kommunalen Wirtschaftsförderungspolitik 3. Teil der Standort-Serie: „Innovative Ansätze beim Leerstandsmanagement und der Revitalisierung von Brachen". In: Standort – Zeitschrift für Angewandte Geographie (2008) 32/3. Springer Verlag, Berlin, Heidelberg. S. 120-125.

Gesemann, F., Roth, R. 2015: Engagement im Quartier. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015, S. 35-42.

Gruninger-Hermann, C. (2017): Zukunft der Innenstädte? - Auswirkungen zunehmender Online-Käufe auf den stationären Einzelhandel und die Innenstädte. Working & Discussion Paper, DHBW Lörrach, No. 1, DHBW, Lörrach. Online unter: https://www.econstor.eu/handle/10419/157259 (13.06.2019).

Häußermann, H. (1997): Was bleibt von der europäischen Stadt? In: Europäische Stadt. Auslaufmodell oder Entwicklungspotential? Dokumentation der 65. Sitzung des Stadtforums Berlin am 26. September 1997. S. 9–15.

Harth, A. et al. (2010): Großprojekte und städtische Urbanität. In: Harth, A., Herlyn, U., Scheller, G., Wulf, T. (Hrsg.): Stadt als Erlebnis: Wolfsburg. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S.125-180.

Henckel, D., Pätzold, R., Zahn, A., Adrian, L. (2007): Leerstandsmanagement in Geschäftsstraßen. Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW). Online unter: https://www.econ-isr.tu-berlin.de/fileadmin/fg283/Infos/Forschungsprojekte_Berichte/Leerstandsmanagement_2007.pdf (13.06.2019).

Honeck, T. (2015): Zwischennutzung als soziale Innovation. Von alternativen Lebensentwürfen zu Verfahren der räumlichen Planung. In: BBSR im BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung – Innovationen der räumlichen Planung. Heft 3.2015. Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/Archiv/archiv.html (28.08.2019).

Humann, M., Overmeyer, K. (2017): Nutzergetragener Städtebau oder wie Bürger ihre Stadt an Planung beteiligen. In: Denkströme. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften, Heft 18 (2017), S. 151–154.

Huxhold, O., Hameister, N. (2017): Soziale Einbettung und freiwilliges Engagement. In: Simonson, J, Vogel, C., Tesch-Römer, C. (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer-VS 2017. Wiesbaden, S. 499-520.

Kalandides, A., Kather, M., Köper, P. (2016): Gute Geschäfte. Was kommt nach dem Einzelhandel? Landesinitiative StadtBauKultur NRW 2020 (Hrsg.). Online unter: https://stadtbaukultur-nrw.de/publikationen/studien-dokumentationen/gute-geschafte-was-kommt-nach-dem-einzelhandel/ (27.08.2019).

Löffler, E., Timm-Arnold, P., Bovaird, T., Van Ryzin, G. (2015): Koproduktion in Deutschland. Studie zur aktuellen Lage und den Potenzialen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.

Matthiesen, U., Misselwitz, P., Kaltenbrunner, R., Willinge, S. (2014): Zur Bedeutung des Informellen in der Stadtentwicklung. In: BBSR im BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung – Informeller Urbanismus. Heft 2.2014. Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/Archiv/archiv.html (28.08.2019).

Neef, R. (2011): Quartiersleben und soziale Klassen. In: Herrmann, H., Keller, C., Neef, R., Ruhne, R. (Hrsg.): Die Besonderheit des Städtischen. Entwicklungslinien der Stadt(soziologie). Reihe Stadt, Raum und Gesellschaft. VS Verlag für Sozialwissenschaft, Wiesbaden, S. 135-264.

zur Nedden, M., Bunzel, A., Pätzold, R., Strauss, W.-C., Spars, G., Busch, R., Heinze, M., Müller, A. (2015): Nutzungsmischung und soziale Vielfalt im Stadtquartier – Bestandsaufnahme, Beispiele, Steuerungsbedarf. Endbericht, Deutsches Institut für Urbanistik und Bergische Universität Wuppertal im Auftrag des MBWSV. Berlin, September 2015.

Overmeyer, K. (2006): Stadtentwicklung ohne Städte. In: Christiaanse, K., Michaeli, M., Rieniets, T., Höger, K. (Hrsg.) (2006): Situation – Entwurf und Strategie im urbanen Raum. Reader zum Modul Stadt entwickeln 26.10.2006. Institut für Städtebau, ETH Zürich.

Overmeyer, K., Buttenberg, L. (2014): Raumunternehmen zwischen informeller Aktivierung und formeller Planung. In: BBSR im BBR (Hrsg.): Informationen zur Raumentwicklung – Informeller Urbanismus. Heft 2.2014. Online unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/IzR/Archiv/archiv.html (28.08.2019).

Prognos, Generali Deutschland (2009): Engagementatlas 2009. Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Berlin, Aachen.

Roskamm, N. (2013): Das Leitbild von der "Urbanen Mischung" – Geschichte, Stand der Forschung, Ein- und Ausblicke. Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt, Berlin. Online unter: https://www.stadtentwicklung.berlin.de/staedtebau/baukultur/iba/download/studien/IBA-Studie_Urbane_Mischung.pdf (11.02.2019).

Schäfers, B. (2006): Öffentlicher Raum und Urbanität. In: Schäfers, B. (Hrsg.): Stadtsoziologie. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.149-167.

Simonson, J, Vogel, C., Tesch-Römer, C. (2016): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Zusammenfassung zentraler Ergebnisse des Vierten Deutschen Freiwilligensurveys. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Simonson, J, Vogel, C., Tesch-Römer, C. (2017): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer-VS 2017. Wiesbaden.

Sperle, T. (2012): Was kommt nach dem Handel? Umnutzung von Einzelhandelsflächen und deren Beitrag zur Stadtentwicklung. Dissertation, Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart, Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Online unter: https://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/110 (13.06.2019).

Steffen, G., Baumann, D., Betz, F. (2004): Integration und Nutzungsvielfalt im Stadtquartier. Weber + Partner, Institut für Stadtplanung und Sozialforschung. Stuttgart und Berlin.

Van Dyk, S., Haubner, T. (2019): Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: Baumgartner A.D., Fux, B. (Hrsg) (2019): Sozialstaat unter Zugzwang? Springer Nature, Wiesbaden.

Autorinnen:
Elke Dahlbeck und Dajana Schlieter sind wissenschaftliche Mitarbeiterinnen des Forschungsschwerpunktes Raumkapital am Institut Arbeit und Technik.

Kontakt: dahlbeck@iat.eu; schlieter@iat.eu

Forschung Aktuell 09-2019

ISSN 1866 – 0835

Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule
Gelsenkirchen – Bocholt – Recklinghausen

Redaktionsschluss: 02.09.2019

http://www.iat.eu/forschung-und-beratung/publikationen/forschung-aktuell.html

Redaktion

Claudia Braczko

Tel.: 0209 - 1707 176
Fax: 0209 - 1707 110
E-Mail: braczko@iat.eu

Institut Arbeit und Technik
Munscheidstr. 14
45886 Gelsenkirchen